

ZvD - Zentralrat der vertriebenen Deutschen

Die freie Stimme gegen Unrecht und Vergessen

70327 Stuttgart Kilianstr.8 - Tel.: 075 52 7675 - Fax: 075 52 40 84 78

E-Mail: zentralratdervertriebenen@gmx.de

Weltnetz: www.zentralratdervertriebenen.de

Deutsche Bank, Kto.-Nr.: 4918371, BLZ: 600 700 70

Die friedienstörende Wahrheit

Daß eine Wahrheit den Frieden stören könnte, das kannte man bisher nur aus Systemen, die als Diktaturen bezeichnet wurden. Wer sich die Wahrheit unterdrückend schützend vor die Lüge stellt, um deren Bestand zu sichern, der muß sich also fragen lassen, welcher Teufel ihn tatsächlich reitet.

Ein System, das redlich die Werte vertritt, die der Menschheit dienen, das Verbrechen gegen die Menschheit ächtet, bestraft und energisch zurückweist, das die Gleichheit aller Menschen anerkennt sowie die Lüge als Unterdrückungsmerkmal und als Schande gegenüber den von ihr vertretenen Werten betrachtet und der Wahrheit die Ehre gibt, das hat es nicht nötig, Angst vor der Wahrheit haben zu müssen.

„Niemand soll sich täuschen: Wir stehen heute vor einer ganz klaren Entscheidung. Entweder wir bestätigen heute die bestehende Grenze oder wir verspielen heute und für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit.“

Mit dieser Drohung erreichte CDU-Kanzler Kohl am 21.06.1990 die Zustimmung zum sogenannten „Grenzbestätigungsvertrag“ im Deutschen Bundestag. Der freie Wille des Volkes wurde ignoriert und einem erpresserischen Völkerrechtsbruch gefolgt.

Es war gleichzeitig das Signal für eine Kampagne der Relativierung, des Leugnens und der Beginn einer Geschichtsrevision zu Gunsten insbesondere der rassistischen und nationalistischen polnischen Gewalttäter, deren Devise lange vor Hitler lautete:

„Deutsche nach Berlin, Juden nach Palästina.“

Warum diese Geschichte gerne geleugnet und verschwiegen wird, könnte u.a. etwas mit der Erkenntnis zu tun haben, daß man einem nackten Mann nicht in die Tasche greifen kann.

Die seit 1945 in den als demokratisch bezeichneten Ländern offiziell vertretene Geschichte, deren Inhalt bis dahin historische Fakten nicht leugnete und besonders die Aufrechterhaltung und den Schutz geltender Menschenrechte berücksichtigte, wurde über Nacht über Bord geworfen und durch ein Netz von Relativierungsversuchen ersetzt.

Die BRD Politik setzte damit fort, was polnische Rassisten, bewaffnet mit Hammer, Meißel, Sägen und Feilen in der Tasche, nach dem Läuten der Friedensglocken begonnen haben, nämlich die Vernichtung der deutschen Identität der in Ostdeutschland beheimateten deutschen Volksgruppen.

Den vertriebenen Deutschen wurden ihre - volkswirtschaftlich betrachtet - selbsterwirtschafteten Gelder entzogen, wenn sie nicht die in ihren Vereinigungen bis dahin als demokratisch und rechtsstaatlich geltenden Satzungen zum Wohle der Vertreibungstäter änderten.

Die „**Waigel-Erlasse**“ sorgten dafür, daß die Gemeinnützigkeit sogar den Vertriebenenorganisationen entzogen wurde, die gemäß den Beschlüssen von Helsinki auf rechtsstaatlicher Ebene die friedliche Grenzregelung nach internationalem Recht forderten. Was dem Bürger jedes unterentwickelten Staates zugebilligt wurde, das wurde den vertriebenen Deutschen nun verwehrt.

Noch schlimmer, die Soldaten-sind-Mörder-Schreier schickten sogar ihre verbal mißbrauchten Truppen in einen völkerrechtswidrigen Krieg, um die Rechte, die man den deutschen Vertriebenen soeben entzogen hat, auf dem Balkan einbomben zu lassen, denn selbst blieben sie im warmen Kämmerlein.

Den Frieden und die Völkerfreundschaft störten in ihren Augen dagegen nur die deutschen Vertriebenen, die, obwohl auf Rache und Gewalt verzichtet, aber nicht auf die Inanspruchnahme des völkerrechtlich verbrieften Heimat- und Eigentumsrechts mit friedlichem Mitteln, weiterhin den Frieden stören.

Der freiheitlich demokratische Rechtsstaat beugte sich tiefer und tiefer vor den politischen Forderungen, aus den Reihen der Verteidiger von Folgen der noch immer gegenwärtigen europäischen rassistischen Gewaltverbrechen des zu Ende gehenden Jahrhunderts.

Garniert wurde das politisch verordnete schäbige Spiel von „Amtshandlungen“, die wie Frau Süßmuth die Ostdeutschen Fahnen im Deutschen Bundestag zur Reinigung abhängen, aber nie wieder aufhängen ließen. Ebenso erging es den Wappen der Ostdeutschen Volksgruppen im Deutschen Bundestag.

Die so betrachteten „eigentlichen Saubermänner und -frauen deutscher Nachkriegspolitik“ hatten ihr Ziel erreicht und sich die nach ihrem geistig moralischen Bildungsstand nun erkannten Schuldigen am Zweiten Weltkrieg, die deutschen Vertriebenen, auserkoren, um sich selbst auf deren Kosten reinwaschen zu wollen.

Während den deutschen Vertriebenen auf der Grundlage dieser Entrechtungspolitik immer weitere Mittel entzogen wurden, konnte man erleben, wie die einst ungewaschen erscheinenden und in zerschlissener Kleidung umhertanzenden Wanderprediger neudeutscher Moral, mit der Erreichung der politischen Logenplätze, Gäste in Sonnenstudios und Kunden in Edelbekleidungshäusern wurden.

Ein Museum, das an die Vertreibungen erinnern soll, will man den deutschen Vertriebenen nun als Trostpflaster dafür spendieren, daß sie wie zu heidnischen Zeiten als Kultopfer dargebracht wurden, um die „Götter“ gütig zu stimmen.

Richtig wäre dafür zu sorgen, daß die Wahrheit dorthin zurückkehrt, von wo aus sie mit dem Mittel der Lüge vertrieben wurde. In die Köpfe der Menschen.

Herbert Jeschioro

Breslau/Deutschland, 26. Januar 2010

Besuchen Sie uns im Weltnetz: www.zentralratdervertriebenen.de